

## Vorlage

Drucksachen-Nr.:	<b>BV/253/2014/V-StR</b>
Einreicher:	Vorsitzender des Stadtrates

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Stadtrat	öffentlich	24.09.2014	39	03	00	s.u.

**Titel:** Überprüfung auf Zugehörigkeit zur Staatssicherheit der DDR

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Überprüfung

- der Mitglieder des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau der Legislaturperiode 2014-2019 auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR mit ihrer Kenntnis,
- des Oberbürgermeisters auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR mit seiner Kenntnis.
- Mit der Zustimmung zur Beschlussvorlage erklärt der einzelne Stadtrat, die Überprüfung seiner hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR zur Kenntnis zu nehmen und das entsprechende Formblatt auszufüllen und zu unterschreiben.
- Der Stadtrat wird zeitnah über die Umsetzung der Beschlussvorlage informiert. Wird eine Mitarbeit festgestellt, soll vertraulich in einer zuvor gewählten Überprüfungscommission (Sonderausschuss) mit dem Betroffenen gesprochen, der Fall bewertet und das weitere Verfahren beraten werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Zuarbeiten der Dienststelle der Bundesbeauftragten zur Überprüfung zuzuleiten.

Gesetzliche Grundlagen:	§§ 20 und 21 Stasiunterlagengesetz
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

### Relevanz mit Leitbild

Vorlage nicht leitbildrelevant	x
--------------------------------	---

**Begründung:** siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Vorsitzender des Stadtrates

beschlossen im Stadtrat am: 24.09.2014

gez. Lothar Ehm  
Vorsitzender des Stadtrates

gez. Frank Hoffmann  
1. Stellvertreter

gez. Angelika Storz  
2. Stellvertreter

**Anlage 1:**

## Begründung:

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hat sich mit einem Aufruf an den Vorsitzenden des Stadtrates gewandt, im Stadtrat einen Beschluss zur Überprüfung der Mandatsträger und Wahlbeamten zu fassen.

Der Aufruf, das Merkblatt für Ersuchen öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen sowie das zu verwendende Einzelblatt für die Überprüfung sind dem Beschluss beigelegt.